



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

SPD-Bundesparteitag beschließt Programmpunkte für mehr bezahlbaren Wohnraum und Kommission zur Bodenrechtsreform

Olching, 13.12.2017

Michael Schrodi, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Wahlkreisbüro :
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142-5010589
Fax: +49 -
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Großer Erfolg für den neu gewählten Bundestagsabgeordneten Michael Schrodi auf dem SPD-Bundesparteitag: Der von der BayernSPD eingebrachte Antrag zur Einsetzung einer Kommission beim Parteivorstand, die sich mit der Neugestaltung der Wohnungspolitik und einer Reform des Bodenrechts beschäftigen wird, wurde durch den Parteitag angenommen.

Auch die vorgelegten wohnungspolitischen Forderungen aus den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion und hier von dem aus NRW stammenden SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Groß hat der Bundesparteitag beschlossen.

Demnach bedarf eine nachhaltige, soziale gerechte Kommunal- und Stadtentwicklungspolitik insbesondere

- einer gemeinwohlorientierten Vergabe von Grundstücken und baureifem Land,
- der Verhinderung von Bodenspekulation,
- einer Reform des Bodenrechts,
- einer Unterstützung von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen durch Investitionszuschüsse, Bürgschaften und Nachrangdarlehn,
- eines Ausbaus der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu einem sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen des Bundes,
- der Bundesverantwortung für den sozialen Wohnungsbau auch über 2019 hinaus - Erhalt der sozialen Wohnraumförderung, langfristige Belegungsbindung, Aufbau einer Belegungsbindung im Bestand.

Schrodi weist in diesem Zusammenhang auch auf die wohnungspolitischen Probleme im Landkreis Dachau hin. Der Landkreis soll bis zum Jahr 2035 auf 175.000 Menschen anwachsen (Stand 2015: 150.000). Der Wohnungsbau in Dachau kommt jedoch nur schleppend voran. So wurden in den Jahren



2005 bis 2015 im Landkreis durchschnittlich nur 664 Wohneinheiten pro Jahr fertiggestellt.

Lösungen liegen laut Schrodi in einer gemeinwohlorientierten Vergabe von Grundstücken und in der Verhinderung von Bodenspekulation beispielsweise durch ein kommunales Flächenvorkaufsrecht. Schon seit Jahren fordert der Bundestagsabgeordnete, der für die SPD auch im Kreistag sitzt, die Förderung von kommunalen Wohnbaugesellschaften und dem genossenschaftlichen Bauen.

Neben diesen Bestrebungen darf laut Schrodi auch der soziale Wohnungsbau nicht vernachlässigt werden. Hierbei betont er vor allem den Erhalt der sozialen Wohnraumförderung und langfristige Belegungsbindungen, die einen Teil zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beitragen können.